



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Herbert Woerlein, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Kathi Petersen, Horst Arnold, Susann Biedefeld, Ilona Deckwerth, Martina Fehlner, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Martin Güll, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Ruth Müller, Dr. Christoph Rabenstein, Doris Rauscher, Florian Ritter, Bernhard Roos, Georg Rosenthal, Franz Schindler, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Reinhold Strobl, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Dr. Paul Wengert, Johanna Werner-Muggendorfer, Isabell Zacharias** und **Fraktion (SPD)**

Wasserarmut in Franken – was macht die Staatsregierung?

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag mündlich und schriftlich bis Juni 2017 zu berichten, welche kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen die Staatsregierung in Franken ergreift, um die Wasserversorgung und den erhöhten Wasserbedarf in Trockenphasen sicherzustellen, Versorgungsengpässe zu vermeiden, Grundwasserneubildung zu ermöglichen und insgesamt eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung unter Klärung, Verringerung und Beseitigung von Nutzungskonflikten um das Wasser in Franken zu gewährleisten.

Insbesondere soll auf folgende Sachverhalte eingegangen werden:

- Sicherstellung des notwendigen Wasserangebots für Weinbau und Sonderkulturen in der Landwirtschaft unter Berücksichtigung der Sicherung der Trinkwasserversorgung;
- Darstellung der bisherigen und prognostizierten Auswirkungen des Klimawandels bzw. der Niederschlagsentwicklung in Franken, insbesondere Entwicklung der Niederschlagsmengen, der Grundwasserneubildung, der warmen und heißen Sommertage, des Wasserbedarfs für öffentliche und

private Nutzung der wasserintensiven landwirtschaftlichen Nutzung;

- Darstellung eines vollständigen Datenbestands zu Bewässerungsbrunnen, Übersicht über sämtliche (genehmigte und ungenehmigte) Entnahmemengen sowohl aus Grundwasser wie auch Oberflächengewässer, das angewandte Kontrollsystem zu Entnahmen und eine Offenlegung von Obergrenzenüberschreitungen bei der Entnahmemenge, geordnet nach kreisfreien Städten, nach Landkreisen und kreisfreien Gemeinden;
- Detaillierte Analyse der Grundwassersituation, Schutz der Grundwasservorkommen vor langfristiger Übernutzung und Maßnahmen zur Qualitätssicherung des Grundwassers;
- Möglichkeit und Notwendigkeit für die Einführung von Bewässerungsverbänden bei der Entnahme von Grundwasser analog zu den bereits existierenden Wasserbeschaffungsverbänden für die Entnahme von Oberflächenwasser als überörtliche Lösungen zur Sicherstellung der Wasserversorgung;
- Möglichkeiten eines umfassenden Regenwassermanagements für die Brauchwassernutzung in der landwirtschaftlichen Produktion und im Privatbereich;
- Möglichkeiten und Grenzen der Entnahme von Oberflächenwasser aus Flüssen und die Zwischenspeicherung zur Nutzung des Wassers zur Bedarfsdeckung in Trockenzeiten sowie Modelle zur Finanzierung, rechtliche Gestaltung und Förderung durch den Freistaat Bayern.

In diesen Bericht soll außerdem ein Zwischenbericht zum Stand und zu den Erkenntnissen des Pilotprojekts „Niedrigwassermanagement in Unterfranken“ gegeben werden.

Begründung:

Laut Wetteraufzeichnungen war 2016 das dritte Rekord-Wärmejahr in Folge. Prognosen zu Auswirkungen der Klimaerwärmung gehen in Nordbayern bis 2050 von einer Vervielfachung der heißen Tage mit Temperaturen von mehr als 30°C und von einer Verdopplung der Sommertage von Temperaturen mit mehr als 25°C aus.

Die aktuelle Wassersituation in Franken wird vom Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz in ihrem Bericht vom 16. Februar 2017 im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz des Landtags als „schwerwiegend“ bezeichnet. Ausgeprägte Trockenheit und zu wenig Niederschläge führen gerade in Franken, wo im bayernweiten Vergleich wenig Niederschläge im Jahresmittel fallen und sich Grundwasser nur in geringem Maße neu bildet, zu Wassermangel, Niedrigwassersituationen und zu niedrigen Grundwasserständen. Seit 2015 hat sich in Franken aufgrund der trockenen und heißen Wetterbedingungen kein Grundwasser neu bilden können. Auch aufgrund der Geologie verfügt die Region über schlechtere Wasserspeichermöglichkeiten als beispielsweise Oberbayern.

In Zukunft werden mehr Niedrigwassersituationen erwartet und langfristig sinkende Grundwasserstände befürchtet, da neben den beschriebenen klimatischen Entwicklungen mit steigenden Entnahmemengen gerade für die landwirtschaftliche Produktion gerechnet

wird. Um Nutzungskonflikte zum einen zwischen Wasserversorgungsunternehmen und dem Bewässerungsbedarf auf landwirtschaftlichen Nutzflächen insbesondere für Sonderkulturen (wie bspw. Gemüse- oder Weinanbau), aber auch zwischen Naturschutz und Landwirtschaft zu begegnen, muss die Staatsregierung handeln. Von Seiten des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz wird ebenfalls dringender Handlungsbedarf gesehen, weshalb in 2016 das Pilotprojekt „Niedrigwassermanagement“ in Unterfranken als trockenste Region in Bayern aufgesetzt wurde, das bis Ende 2017 laufen soll.

Aufgrund der akuten Situation und nachgewiesenen ausbleibenden Grundwasserneubildung ist es jedoch geboten, dass die Staatsregierung bereits vor Projektende umgehend kurzfristige Maßnahmen ergreift, um die Wasserversorgungssituation in Nordbayern zu stabilisieren und sicherzustellen, Nutzungskonflikte vorausschauend entschärft und konkret auf die geforderten Punkte eingeht.